



Tobias Zeindler eröffnet am Messeplatz einen neuen Club namens Playboxx.

KENNETH NARS

Die Antwort auf das Clubsterben

In Basel eröffnet ein neuer Partyclub, obwohl die Geldsuche auf einer Crowdfunding-Plattform gescheitert ist

VON ANDREAS MAURER

Sängerin Anna Rossinelli sammelte 50 000 Franken für einen neuen Club aufzutreiben. Das dachte sich zumindest Tobias Zeindler, Inhaber einer Eventagentur, der mit diesem Betrag das Inventar des heruntergekommenen Clubs Plaza am Basler Messeplatz kaufen will. Die Zeit drängt, da der Mietvertrag bereits Mitte August unterschrieben werden soll und die Eröffnungsparty für Ende Monat ge-

stimmt. Da sollte es doch auch möglich sein, 150 000 Franken für einen neuen Club aufzutreiben. Das dachte sich zumindest Tobias Zeindler, Inhaber einer Eventagentur, der mit diesem Betrag das Inventar des heruntergekommenen Clubs Plaza am Basler Messeplatz kaufen will. Die Zeit drängt, da der Mietvertrag bereits Mitte August unterschrieben werden soll und die Eröffnungsparty für Ende Monat ge-

plant ist. Danach soll der neue Club namens Playboxx jede Nacht geöffnet sein. Bekannte DJs sollen am Wochenende House, Electro und Techno spielen und werktags Latin, Urban und Rock. Der heutige Betreiber gibt das Lokal krankheitshalber ab. Der Zeitpunkt für die Aktion schien günstig, da sich Basler Kulturpolitiker derzeit intensiv über ein Clubsterben beschweren. In dieser Szene ist Zeindler al-

erdings nicht vernetzt. Der Sammelauftrag blieb unbeachtet. Nur vier Leute sprachen Beiträge von insgesamt gerade 300 Franken. Dennoch rechnet Zeindler damit, genügend Geld zu kriegen. Ralph Brügger, Ex-Geschäftsführer des Partyclubs A2, werde 100 000 Franken investieren. Als Dankesprämie erhält er den Job des stellvertretenden Geschäftsführers, einen Lohn und eine Gewinnbeteiligung.

Unispital gründet neue Stiftung

DAS UNIVERSITÄTSSPITAL BASEL hat eine Forschungsstiftung gegründet, den Betriebsmitteln des Spitals eine Million Franken entnommen und das Geld als Dotationskapital in die Stiftung eingebracht. Und dies, obwohl Forschung eigentlich nicht Sache des Spitals, sondern der Medizinischen Fakultät der Universität Basel ist.

Burkhard Frey, Generalsekretär des Unispitals, sagt, Anlass für die Gründung sei das wiederkehrende Problem gewesen, wie das Spital mit Geldern umgehen soll, die von dankbaren Patienten oder deren Angehörigen als Legat überwiesen werden. Mit der Stiftung habe man nun ein entsprechendes Gefäss geschaffen, das auch mit der Universität abgesprochen sei. Eine Geschäftsführerin wurde angestellt mit dem Auftrag, innerhalb von drei Jahren die Stiftung so zu verankern, dass ein regelmässiger Spendenfluss zu erwarten ist.

Für einen Spendenzulauf soll auch ein honorierter Stützpunkt sorgen. Präsi-

Grünliberaler Tanz am Abgrund

Mit gemeinsamen Auftritten wollen Hans Furer und David Wüest-Rudin den Gegnern ausweichen

VON LEON MOUSNI UND ANDREAS MAURER

Geteiltes Leid ist halbes Leid, dachte sich wohl der Basler bieter GLP-Ständeratskandidat Hans Furer. Seinem Basler Parteikollegen David Wüest-Rudin, der am 18. Oktober eine ähnliche Niederlage zu verkraften haben wird, schrieb er deshalb eine SMS. Ob er nicht Lust auf ein paar gemeinsame Auftritte im Wahlkampf habe. So ganz ohne übermächtige Gegner wie Anita Fetz, Claude Janiak und Christoph Buser.

Die GLP-Kandidaten verdeutlichen, in welchem Zustand die Partei ist. Beide wurden bei den letzten kantonalen Wahlen abgewählt, Wüest-Rudin durfte in der Zwischenzeit nachrücken. Die «Basler Zeitung», die kaum ein Interesse an einem Sololauf der bisherigen linken Ständerätin Fetz haben dürfte, bezeichnete Wüests Kandidatur als «schlechten Witz». Vorbehalte haben selbst Parteikollegen. Sie werden am nächsten Mittwoch entscheiden, ob sie das aussichtslose Unterfangen unterstützen. Die wahlkampfprobierte GLP-Grossrätin Martina Bernasconi gesteht, dass für sie der «Worst Case» eingetroffen sei. Bei den Regierungswahlen vor einem Jahr erhielt sie



Zusammen ins Verderben: Hans Furer (links) und David Wüest.



überraschend Unterstützung von Fetz. Eigentlich wollte sich Bernasconi nun revanchieren. Bernasconi outet sich als grosse Bewunderin von Fetz: «Sie ist mein Vorbild.» Wüests Wahlchancen schätzt sie «optimistisch» auf ein Prozent. Dennoch werde sie ihren Parteipräsidenten wählen, wenn auch nur aus Pflichtgefühl, wie sie sagt. FURERS RECHNUNG folgt einer anderen Logik. Er geht davon aus, dass sein Basler GLP-Kollege ein Wählerpotenzial von vierzig Prozent habe, weil es im Stadtkanton keine ernsthafte Konkurrenz von rechts gebe. Sie selber prognostiziert Furer ebenfalls keinen Wahlsieg. Sein Ziel sei es jedoch, im Landkanton einen zweiten Wahlgang zu erreichen. Damit

muss er lediglich verhindern, dass einer der Favoriten Claude Janiak (SP) und Christoph Buser (FDP) über fünfzig Prozent der Stimmen erhält. Beide Grünliberale haben auch deshalb keine Chancen auf das Stöckli, weil sie kaum über finanzielle Mittel verfügen. Nicht mal die Handelskammer, die von Furers Duz-Freund Franz Saladin geführt wird, erkennt in der Kandidatur des Bottminger Kunstsammlers einen Sinn – obwohl dieser mithelfen könnte, den ungeliebten Antipoden von der Wirtschaftskammer zu verhindern. Als Furer um Unterstützung anheuerte, antwortete Saladin knapp: «Lieber Hans, du stehst nicht auf unserer Liste.» Warum tun sich das Furer und Wüest an? Der Basler argumentiert

Fall Behring: Vermittler muss 80 000 Franken zahlen

VON CHRISTIAN MENSCH

Die Basler Vermögensverwalterfirma Kämpf Bangerter war gut im Geschäft. Sie konnte ihren Kunden ein unschla-

bares Angebot machen: eine Anlage beim Börsensystem von Dieter Behring, das Renditen in zweistelliger Prozenthöhe versprach. Der Traum endete im Herbst 2004, als das Geld verschwunden war und die Bundesanwaltschaft ihre Ermittlungen aufnahm. Die Inhaber gehörten zum äusseren Kreis der Angeschuldigten im grössten Schweizer Betrugsfall. Nach zehn Jahren Ermittlungsarbeit hatte sich die Bundesanwaltschaft allerdings derart verheddert, dass sie die Verfahren gegen alle Angeschuldigten bis auf dasjenige gegen die mutmassliche Hauptperson einstellte – dies allerdings unter massiven Kosten für die damit verbundenen strafrechtlichen Vorwürfen Freigesprochenen.

Nun liegt ein erstes Urteil des Bundesstrafgerichts gegen einen der Inhaber vor, das die Kostenübertragung für rechtens erachtet. Das Gericht hält fest, dass einer nicht verurteilten beschuldigten Person durchaus Kosten auferlegt werden können, «wenn sie in zivilrechtlich vorwerfbarer Weise gegen eine Verhal-

tenorm (...) klar verstossen hat». Dies treffe für den Vermögensverwalter zu. Im Konkreten wirft ihm das Gericht unter anderem eine «krasse Verletzung der auftragsgemässen Sorgfaltspflicht» vor, die für richtig, wonach der Vermögensverwalter insgesamt 80 000 Franken an Verfahrenskosten zu übernehmen hat. Davon werden 56 000 Franken als Abgeltung für den amtlichen Verteidiger ausgewiesen. Das Gesuch um eine unentgeltliche Rechtspflege lehnt das Gericht ab. Schliesslich bleibe unklar, weshalb der ehemalige Vermögensverwalter am Existenzminimum leben soll, wenn gleichzeitig aktuelle Steuerforderungen im fünfstelligen Bereich bestanden. Das Man-

dat führte, erklärt, dass er gegen das Urteil des Bundesstrafgerichts Beschwerde führen würde – wäre eine Beschwerdefähigkeit vorhanden. Doch eine solche ist nicht vorgesehen. Damit ist das Urteil rechtskräftig. demokrat: Er wolle den Wählern eine Alternative bieten und springe in die Bresche, weil sich sonst kein Gegenkandidat gefunden habe. «Es ist an der Zeit, jemand Neues nach Bern zu schicken.» Es brauche nun eine personelle und inhaltliche Erneuerung, zwölf Jahre Fetz seien genug. Furer klingt noch idealistischer. Er will die Mitte stärken, die im Baslerien auseinanderzufallen drohe. Auf seinen Wahlplakaten wird deshalb gross «Die Mitte» prangen, wie er verrät. Das Partei-Logo der GLP sei dahingegen «nur klein». Die anderen Mitteparteien dürften sich verwundert die Augen reiben. Die CVP etwa, die im Ständeratswahlkampf Furers Widersacher Christoph Buser (FDP) unterstützt. Oder die EVP, die der Mitte Allianz eine Abfuhr erteilte, als es um die Listenverbindungen ging.

WARUM SICH DIE GLP gerade jetzt in den Dienst der Allgemeinheit stellen soll, ist einigen Parteimitgliedern rätselhaft. «Das Einzige, was wir mit diesen Kandidaturen erreichen, ist, dass wir an unserem Verliererimage weiterwerkeln», sagt ein Baslerbieter Grünliberaler. Gerade nach dem Debakel der Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» sollte die Partei nun alles daran setzen, dass sie wieder ernst genommen werde.